

Als McArthur durchdrehte

Auf der koreanischen Halbinsel tobte der erste heiße Konflikt im Kalten Krieg. Von Rainer Werning

Sehnlichst hatten die Koreaner gehofft, das Ende des Zweiten Weltkrieges werde ihnen nach 36-jähriger japanischer Kolonialherrschaft endlich die Freiheit bescheren. Doch bereits vor Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Japan am 2. September 1945 hatten sich die Siegermächte USA und Sowjetunion darauf verständigt, Korea entlang des 38. Breitengrads in zwei Besatzungszonen aufzuteilen und auf unbestimmte Dauer treuhänderisch zu verwalten. Nördlich des 38. Breitengrads hatte die Rote Armee das Sagen, südlich davon kontrollierten die USA das politische Geschehen. Washington verhalf dort dem eigens aus US-Exil nach Seoul eingeflogenen Dr. Rhee Syngman zur Macht – entgegen dem Willen der während des antijapanischen Krieges

entstandenen Volkskomitees. Die Menschen staunten nicht schlecht, als anstelle der koreanischen Flagge das Sternenbanner in Seoul gehisst wurde und eine US-amerikanische Militärregierung gebildet wurde. Sie bestimmte, was die Koreaner südlich des 38. Breitengrads fortan zu tun und zu lassen hatten.

Vor allem die Volkskomitees waren der Besatzungsmacht im Süden ein Dorn im Auge. Im September 1946 erließ die US-Militärregierung Haftbefehl gegen namhafte kommunistische Führer. Diese setzten sich daraufhin in den Norden ab. Auch viele, die im Süden in der Kunst- und Kulturszene, im Literatur- und akademischen Betrieb Rang und Namen hatten, zogen es aufgrund zunehmender Repressionen vor, sich nördlich des 38. Breitengrads niederzulassen. Im

Süden eskalierten gewaltsame Proteste, die sich in erster Linie dagegen richteten, dass pro-japanische Kollaborateure in Amt und Würden belassen und die Bauern gezwungen wurden, zusätzliche Abgaben zu leisten.

Anders verlief die Entwicklung im Norden der Halbinsel. Dort ließ die sowjetische Besatzungsmacht die Volkskomitees im Wesentlichen gewähren und warf ihr politisches Gewicht für die vormals im Grenzgebiet zur Mandschurei und der Sowjetunion operierende antijapanische Partisanenarmee um Kim Il-Sung in die Waagschale. Bereits im Frühjahr 1946 hatte der Norden ein sozialpolitisches Signal gesetzt: Eine Bodenreform verhalf über 700 000 besitzlosen Bauernfamilien zu Land.

Zunehmende Entfremdung und Separatwahlen führten schließlich

dazu, dass am 15. August 1948 die Republik Korea (Südkorea) ausgerufen wurde und Kim Il-Sung im Gegenzug am 9. September 1948 in Pjöngjang die Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) proklamierte. Beide Staaten beanspruchten jeweils für sich, legitimer Sachwalter des einen Korea zu sein. Sah sich die Regierung in Seoul als »Vorposten der freien Welt und im Feldzug gegen den Kommunismus«, wählte sich die Regierung in Pjöngjang als »Basis der koreanischen Revolution und als Bollwerk nationaler Befreiung«.

Bewaffnete Provokationen entlang der Demarkationslinie waren an der Tagesordnung und häuften sich seit der Jahreswende 1949/50. Der Süden verübte mehrfach militärische Angriffe nördlich des 38. Breiten-

grads. Ein Ziel dieser Attacken war die Halbinsel Ongjin, die, wenn sie eingenommen worden wäre, den Truppen Rhee Syngmans einen direkten und raschen Zugang zu Pjöngjang ermöglicht hätte. Beide Seiten massierten ihre militärische Kontingente.

Im Morgengrauen des 25. Juni 1950 überquerten dann nordkoreanische Panzereinheiten die Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrads. Ohne nennenswerte Gegenwehr rückten sie in Seoul ein und stießen binnen weniger Tage sogar bis kurz vor die Hafenstadt Busan im Süden vor. Noch am selben Tag brachten die USA den Vorschlag für eine Korea-Resolution in den UN-Sicherheitsrat ein. Die Vereinten Nationen stimmten umgehend der Forderung Washingtons zu, mit einem eigenen Truppenkontingent Rhee Syngman zu unterstützen und »die Aggression Nordkoreas« zu stoppen. So standen dem Süden Koreas die USA bei, die ihrerseits das Oberkommando über eine aus 15 Staaten bestehende UN-Streitmacht innehatten, worüber sich der damalige UN-Generalsekretär Trygve Lie nicht erfreut zeigte.

In pausenlosen Einsätzen klinkte die US Air Force aus B-29-Bombern ihre tödliche Fracht aus. Der Oberbefehlshaber der kombinierten US- und UN-Streitkräfte, General Douglas MacArthur, sann öffentlich über den Einsatz atomarer und chemischer Waffen nach. Was Peking im Gegenzug veranlasste, eigene sogenannte Freiwilligenverbände zur Unterstützung Nordkoreas zu entsenden. Die »Pulverisierung« grenznaher chinesischer Städte, um den Krieg abzukürzen – das ging indes selbst US-Präsident Harry S. Truman zu weit. Nach einem Krisentreffen auf der Pazifikinsel Wake gab er am 11. April 1951 die Absetzung des Generals bekannt und schloss seine Erklärung mit den Worten: »Wir bemühen uns, einen Dritten Weltkrieg zu verhindern.«

Erst nach zähen Verhandlungen kam es am 27. Juli 1953 in dem unwirtlichen Ort Panmunjom auf der Höhe des 38. Breitengrads zum Waffenstillstandsabkommen. Unterzeichnet wurde dieses lediglich von Emissären Nordkoreas und der Volksrepublik China sowie von den beiden US-Generälen William K. Harrison und Mark W. Clark im Auftrag der Vereinten Nationen. Südkoreas Präsident Rhee Syngman weigerte sich nicht nur, das Abkommen zu unterschreiben. Er wollte den Krieg fortsetzen. Erst als Washington einem bilateralen Sicherheitspakt zustimmte, sein in Südkorea stationierter Oberbefehlshaber auch die Kommandogewalt über die südkoreanischen Truppen übernahm und der südkoreanischen Seite beträchtliche Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfe in Aussicht gestellt wurden, erklärte sich Rhee bereit, die Waffenstillstandsklauseln wenigstens zu respektieren.

Von Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Ost- und Südostasien, erscheint demnächst ein mit der Koreanistin Helga Picht verfasstes Buch: »Brennpunkt Nordkorea« (Edition Berolina).

1998



Kaum eine Sportart ist viele Jahrzehnte lang so stark von Männern dominiert worden wie Eishockey. Zwar sind Bilder schon aus den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts überliefert, die weibliche Teams zeigen, aber erst in den 80ern gab es ernsthafte Bestrebungen, einen Wettkampfbetrieb aufzubauen. Für die Frauenvariante des

überaus ruppigen Spiels gibt es ein paar spezielle Regeln. Beispielsweise sind Bodychecks verboten, mit denen die Männer ihre Kontrahenten aus vollem Lauf gegen die Bande zu donnern pflegen. Und Gesichtsmasken sind – anders als bei den Herren – nicht nur für die Torfrau, sondern für alle Spielerinnen vorgeschrieben. Das hat den me-

dizinischen und ästhetischen Vorteil, dass Eishockeyspielerinnen längst nicht so oft wie Eishockeyspieler beim Zahnarzt oder beim Kieferchirurgen vorstellig werden müssen. 1998, 78 Jahre nach den Männern, durften die Frauen erstmals bei Olympia antreten. wh

Foto: imago/Norbert Schmidt

Tong-il heißt Wiedervereinigung

Seit der Spaltung reißen die Bemühungen um Annäherung und Verständigung des geteilten Volkes nicht ab. Von Karlen Vesper

Auch wenn die Olympischen Spiele sportliche Kontakte ermöglichen, werden wohl noch einige weitere Jahre auf dem Gipfel des Berges Seoraksan Menschen stehen und »Tong-il« über die Grenze rufen.

In den vergangenen Jahren reisten Wissenschaftler und Journalisten aus der einstigen DDR auf die koreanische Halbinsel – dorthin eingeladen, um über das Prozedere der deutschen »Vereinigung« zu berichten, über geglückte und missglückte Entscheidungen und deren Folgen. In ihrer Bilanz dürfte das Negativsaldo überwogen haben. Gewiss nicht zur Abschreckung der Koreaner, gleiches zu wagen, sondern weil Erfahrungen anderer durchaus vor eigenen Torheiten schützen können.

Seit den 1980er Jahren versuchen süd- und nordkoreanische Protestanten ins Gespräch miteinander zu

kommen, was beiderseits verboten ist. Einer der Vorreiter war der vor vier Jahren verstorbene südkoreanische Pfarrer Hong Gün Su von der presbyterianischen Hyanglin-Kirche in Seoul. 1991 wurde er wegen Verstoßes gegen das »Gesetz zur nationalen Sicherheit« verhaftet, das Kontakte zu Nordkoreanern unter Strafe stellt und noch heute gültig ist.

Eines der eindrucksvollsten Exponate in der Ausstellung »Der Luthererkeffekt« in Berlin im vergangenen Jahr war eine Pinnwand, übersät mit Petitionskärtchen, auf denen Abrüstung und Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Nord- und Südkorea

gefordert wurden. Nicht mehr und nicht weniger. Die Zettelchen zeugten von einer zivilgesellschaftlichen Kampagne 2013 in Südkorea. Deren Hintergrund war die damalige Verschärfung von UN-Sanktionen gegen Nordkorea wegen der von Kim Jong Un angekündigten Atomwaffentests, woraufhin der nordkoreanische Staatschef seinerseits den Waffenstillstandsvertrag aufzukündigen und das Kriegsrecht auszurufen drohte, ebenso die Schließung der Sonderwirtschaftszone Kaesong.

Ungeachtet stetiger Spannungen und Konfrontationen gab es immer wieder hoffnungsvolle Anzeichen so-

gar staatlicherseits zu einer Annäherung, etwa gemeinsame Deklarationen wie die Seouler Erklärung über Frieden auf der koreanischen Halbinsel im Oktober 2000, zu der es dank der »Sonnenscheinpolitik« des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung kam, der dafür mit den Friedensnobelpreis geehrt wurde. Im Gefolge durften sich erstmals Familien aus Nord- und Südkorea besuchen. Der Name »Sonnenscheinpolitik« leitet sich aus einer Fabel des antiken Dichters Aesops ab: Der kalte Nordwind versucht vergeblich, einem Menschen den Wintermantel ausziehen; dem Sonnenschein gelingt

dies hingegen leicht. Man könnte die »Sonnenscheinpolitik«, die von Kim Dae Jungs Nachfolger offiziell nicht beendet wurde, mit der Strategie »Wandel durch Annäherung« der einst von Willy Brandt und Egon Bahr vergleichen.

Auch wenn die Olympischen Spiele sportliche Kontakte ermöglichen, werden wohl noch einige weitere Jahre auf dem Gipfel des Berges Seoraksan Menschen stehen und »Tong-il« (Wiedervereinigung) über die Grenze rufen. Und in naher Zukunft wird es sicher noch keine Einheitsfeier unter dem riesigen Monument für die Wiedervereinigung in Pjöngjang geben.